

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VII/31

Verantwortliche/r:
Amt für Umweltschutz und Energiefragen

Vorlagennummer:
31/311/2026

Antrag 21/2026 Förderung von Energiegemeinschaften in Erlangen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	27.04.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Stadtverwaltung erarbeitet gemeinsam mit den ESTW und weiteren Akteuren ein Konzept, um über Energy Sharing zu informieren und Personen, die Energy Sharing nutzen möchten bei der Umsetzung zu unterstützen, sodass günstige erneuerbare Energien genutzt werden können.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Zugang zu günstigen erneuerbaren Energien (Solarstrom) soll auch für Mieter*innen – und weitere Akteure – ermöglicht werden. Dies kann durch Mieterstrom Modelle und Energy Sharing bewirkt werden. Mieterstrom-Modelle werden bereits realisiert.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Ab dem 1. Juni 2026 wird Energy Sharing mit dem §42c EnWG verbindlich geregelt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

- 1) Die Umsetzung von Mieterstrommodellen werden mit Informationsveranstaltungen (z.B. am 21.04.2026), Beratungsangeboten und der Unterstützung bei der Abwicklung von der Stadtverwaltung bereits umgesetzt.
- 2) Am 11.06.2026 findet eine Online-Informationsveranstaltung der *dena* zum Thema Energy Sharing statt. Die Stadt Erlangen ist Mitveranstalterin und bewirbt die Veranstaltung auf ihren Kanälen.
- 3) Die Stadtverwaltung entwickelt in Zusammenarbeit mit den ESTW und weiteren Akteuren einen Fahrplan, wie Energy Sharing in Erlangen konkret umgesetzt werden kann, um die Umsetzung zu erleichtern.
- 4) Zukünftig werden Beratungen zum Energy Sharing von der Stadtverwaltung angeboten.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
 ja, negativ*
 nein

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
 nein*

*Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf lvP-Nr.
 bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen: Antrag

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang